

Fraktionsgemeinschaft  
Grün-Alternative Liste Heidelberg  
Heidelberg pflegen und erhalten

Judith Marggraf  
Hans Martin Mumm  
Michael Pfeiffer  
Wassili Lepanto

Heidelberg, 31.01.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses stellen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner folgenden Sachantrag:

0009/2018 Sachstandsbericht Handlungsprogramm Wohnen

**Wir beantragen eine Vertagung der Vorlage und bitten folgende Fragen zur Vorlage** – nebst möglicherweise weiterer Fragen aus dem Gremium – **in einer weiteren Sitzung des SEVA schriftlich zu beantworten:**

1. Aus welchen konkreten – etwa dem „Masterplan Campbell-Baracks und MTV“ vergleichbaren Planungen - besteht der laut Vorlage S.2 verabschiedete „Masterplan auf der Basis der Entwicklungsvision der IBA“?
2. Wie lautete die Vorgabe für die von der IBA zu leistenden Planungsphase 0?
3. Wieso wird die Im FNP vor langer Zeit ohne Bezug auf eine Gesamtplanung enthaltene 50%ige Wohnbebauung im PHV als gegeben angenommen, wenn es überhaupt noch keinen fachlich richtigen Masterplan PHV mit klaren Zielzahlen für Wohnungen, Arrondierungsmöglichkeiten nach Westen und einer so erst möglichen Flächenbezeichnung bzw. Flächenaufteilung gibt.
4. Welche Mittel will die Verwaltung in Zukunft jährlich in den „Baulandfonds“ einstellen (Zeithorizont 10-15 Jahre)?
5. Kann die Verwaltung darlegen, wie sie die riesige Lücke zwischen dem Wohnungsbedarf für Sozialhilfeempfänger und dem sich selbst versorgen könnenden Teil der Wohnungsuchenden schließen will, ohne auf die Struktur des wohnungspolitischen Konzeptes Südstadt zurückzugreifen?
6. Wieso wird der Begriff der „geförderten Wohnung“ auf Seite 6 der Anlage dem Begriff der früheren „Sozialwohnung“ gleichgesetzt, obwohl dies im von der

Verwaltung ständig gepriesenen wohnungspolitischen Konzept Südstadt definitiv anders beschrieben ist?

7. Kann die Verwaltung darstellen, wie sie die Befriedigung des Wohnbedarfs von 13 bis 15.000 Wohnungen in den kommenden 15 Jahren erreichen will, ohne dass in den ersten Jahren auf den verfügbaren (Konversions-)Flächen zu wenig Wohnungen für den in Frage 5 angesprochenen Nachfragebereich der sogenannten „Schwellenhaushalte“ entstehen?
8. Warum gibt es für den ständig jährlich wiederkehrenden Bedarf an Wohnungen im untersten Preisbereich (wie die 100 Wohnungen für 5,50€/m<sup>2</sup> im MTV) der sozialen Akteure für Klienten, die wieder zurück ins normale Leben finden sollen, keinen „Baustein“ des Handlungsprogramm Wohnen bzw. keine Erwähnung in der Vorlage, wo dies doch beim Dialogforum Wohnen vorgetragen wurde?
9. Kann die Verwaltung an einer Stelle der städtischen Internetseite ALLE Unterlagen zur Wohnungspolitik logisch und chronologisch anbieten, damit Nichtgemeinderäte ein Chance haben, die öffentlich aufgestellten Behauptungen zu dem Themenfeld selbst zu überprüfen bzw. nachzulesen?
10. Welchen Rang gibt die Verwaltung dem Ziel, dass Wohnungsuchende unterhalb der Einkommensmitte nicht mehr als 30 % ihres verfügbaren Haushaltseinkommen für die Bruttokaltmiete ausgeben sollten?
11. Welchen quantitativen Rang soll die „mittelbare Belegung“ bei der gesamten „Wohnbauoffensive“ haben?
12. Welchen quantitativen Rang und welche strategische Funktion soll der Einsatz von Erbpachtverträgen bei der gesamten „Wohnbauoffensive“ haben?
13. Aus welchem Grund sind „die Belange des Beirat von Menschen mit Behinderungen von der Vorlage nicht betroffen“?
14. Welche Schlüsse zieht die Verwaltung aus der Studie von Prognos „Wohnraumbedarf in Baden-Württemberg“ vom 4.10.2017?
15. Was ist eine „Billigwohnung“ (Baubürgermeister in der RNZ vom 31.1.2018)?
16. Vor was genau wird dem Baubürgermeister „angst und bang“ (RNZ vom 31.1.2018)?
17. Wieso wird in der Vorlage die Zusammenarbeit mit der Region überhaupt nicht angesprochen – gerade

angesichts der Lage des PHV in der Mitte der direkten Umlandregion?

18. Wie ist die Äußerung des Oberbürgermeisters in seinem Neujahrsinterview „Wenn Heidelberg wächst, muss auch das Umland dieses Wachstum aufnehmen“ inhaltlich unter Bezugnahme auf das Handlungsprogramm Wohnen zu verstehen?